Freie Demokratische Partei
Bundesschiedsgericht
Beschluss

Verkündet am 27. April 2017

Dr. Thomas Hahn
Geschäftsführer

Az: B 11-02/III-16

In dem Schiedsgerichtsverfahren

1. FDP-Ortsverband [...], vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den Vorsitzenden [...], [...], [...]

- Antragsteller zu 1) und Beschwerdeführer zu 1) -

2. FDP-Ortsverband [...], vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch den Vorsitzenden [...], [...], [...]

- Antragsteller zu 2) und Beschwerdeführer zu 2) -

Verfahrensbevollmächtigte: Rechtsanwältin [...], [...], [...]

gegen

Bezirksausschuss [...], vertreten durch den Sprecher, [...]. [...], [...]

- Antragsgegner und Beschwerdegegner -

Beigeladene:

1. FDP-Landesverband [...], vertreten durch den Landesvorstand, dieser vertreten durch die Vorsitzende [...], [...], [...]

Verfahrensbevollmächtigter: Justitiar des FDP-Landesverbandes,
Rechtsanwalt [...], [...], [...]

2. FDP-Bezirksverband [...], vertreten durch den Vorstand, dieser vertreten durch die Vorsitzende [...], [...], [...]

3. [...], [...], [...]

hat das Bundesschiedsgericht der Freien Demokratischen Partei (FDP) durch die Präsidentin Dyckmans, den Vizepräsidenten Dr. Frehse und die Beisitzer Nüsch, Moritz und Reichelt aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 27. April 2017 beschlossen:

1. Die Beschwerde der Antragsteller gegen den Beschluss des Landesschiedsgerichts [...] vom 6. April 2016 wird zurückgewiesen.
2. Das Verfahren ist kostenfrei. Außergerichtliche Kosten und Auslagen sind nicht erstattungsfähig.

Gründe:

I.

Die Beteiligten streiten darum, ob die Ortsverbände [...] und [...] aufgelöst sind.

Die Antragsteller sind Ortsverbände des FDP-Landesverbandes [...]. In ihren Mitgliederversammlungen vom 16. November 2015 haben beide Ortsverbände beschlossen, sich mit Wirkung zum 31. Dezember 2015 aufzulösen. Hierzu haben sie die Zustimmung des Antragsgegners beantragt, die dieser nicht erteilt hat.

Die Antragsteller haben am 11. Januar 2016 das Landesschiedsgericht (LSchG) [...] der FDP angerufen (Eilantrag) und am 20. Januar 2016 die Hauptsache anhängig gemacht. Sie haben vorgetragen: Gemäß § 25 Abs. 3 Nr. 10 Landessatzung (LS) stehe es in der Autonomie der Ortsverbände, sich selbst aufzulösen. Die nach der Satzung einzuhaltenden Formalien seien eingehalten. Die Satzung verlange nicht, dass 3/4 der Stimmberechtigten in Anwesenheit bei der Beschlussfassung mitwirken müssten. Erforderlich sei lediglich, dass 3/4 der Stimmberechtigten für den gestellten Antrag stimmten. Das lasse auch eine schriftliche Stimmabgabe im Vorfeld der Mitgliederversammlung zu. Da der Bezirksausschuss [...] hinsichtlich der Zustimmungsentscheidung lediglich ein eingeschränktes Ermessen habe, hätte er der Auflösung zustimmen müssen.

Die Antragsteller haben sinngemäß beantragt

festzustellen, dass die Ortsverbände [...] und [...] aufgelöst sind.

Der Antragsgegner hat sinngemäß beantragt,

den Antrag abzulehnen.

Er hat vorgetragen: Die antragstellenden Ortsverbände seien nicht aufgelöst. Weder lägen die satzungsrechtlichen Voraussetzungen eines Auflösungsbeschlusses auf Ortsverbandsebene vor noch habe der Bezirksausschuss die Auflösung genehmigt. Einer Bezirkswahlversammlung stünden keine satzungsrechtlichen Hindernisse im

Weg. Gemäß § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS bedürfe der Beschluss über die Auflösung eines Ortsverbandes einer Mehrheit von 3/4 unter den Stimmberechtigten. Auf der betreffenden Mitgliederversammlung des Ortsverbandes [...] seien nur drei Mitglieder anwesend gewesen. Die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes [...] hätten zehn Mitglieder besucht. Selbst wenn alle Anwesenden dem Auflösungsantrag zugestimmt haben sollten, wäre das Quorum von 3/4 der Stimmberechtigten in keinem der Ortsverbände erreicht. Wie sich aus § 25 Abs. 3 Nr. 9 LS (Verschmelzung durch Beschlussfassung mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten) ergebe, reiche eine 3/4-Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten bei einer Ortsverbandsauflösung nicht aus. Das Wort „anwesend“ fehle mit Bedacht in § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS. Daher müsse bei einer Ortsverbandsauflösung die auf der Versammlung erzielte Mehrheit 3/4 aller Mitglieder repräsentieren. Keineswegs habe der Verzicht auf das Wort „anwesend“ in § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS zur Folge, dass damit entgegen allen satzungsrechtlichen Bestimmungen eine schriftliche Fernabstimmung nicht anwesender Mitglieder ermöglicht werde. Der Satzungsgeber habe bewusst eine Auflösung erschweren wollen. Jedenfalls gehe es nicht an, dass – wie im Fall des Ortsverbandes [...] – die Auflösung des Ortsverbandes schon vor der Mitgliederversammlung aufgrund der Voten der „Fernabstimmer“ feststehe, sodass sich jede Diskussion auf der Mitgliederversammlung erübrige. Eine schriftliche Fernabstimmung durch nicht anwesende Mitglieder sehe die Satzung nicht vor. Unabhängig davon, dass die satzungsrechtlichen Voraussetzungen für eine Auflösung auf der Ortsverbandsebene nicht vorlägen, seien auch die auf der Ebene des Bezirksverbands zu erfüllenden Voraussetzungen nicht gegeben. Gemäß § 20 Abs. 3 Nr. 6 LS sei dem Bezirksausschuss die Entscheidung über die Auflösung eines Ortsverbandes vorbehalten. Der Bezirksausschuss des FDP-Bezirksverbandes [...] habe die Auflösung der beiden Ortsverbände abgelehnt. Dass die Auflösung eines Ortsverbandes zwingend der Zustimmung des für die Organisation des Bezirksverbandes zuständigen Bezirksausschusses bedürfe, ergebe sich aus verschiedensten Überlegungen (wird ausgeführt). Daher unterliege es dem freien Ermessen des Bezirksausschusses, eine Zustimmung zu erteilen oder zu verweigern.

Am 01. Februar 2016 hat das LSchG den Eilantrag abgelehnt. Auf den Inhalt des den Beteiligten bekannten Beschlusses wird verwiesen.

Die Antragsteller haben sich hierzu mit Schriftsatz vom 04. April 2016 nochmals wiederholend und ergänzend geäußert und insbesondere darauf hingewiesen, dass das Verbot der Fernabstimmung sich keinesfalls aus der Satzung ergebe. Im Übrigen verstoße es gegen den Grundsatz der negativen Koalitionsfreiheit, wenn der Bezirksausschuss die Auflösung nicht genehmige.

Mit Beschluss vom 06. April 2016 hat das LSchG die Anträge in der Hauptsache zurückgewiesen und hierzu ausgeführt:

„Der zuletzt noch gestellte Feststellungsantrag ist zulässig, aber unbegründet. Die beiden Antragssteller sind durch die Beschlüsse vom 16. November 2015 nicht aufgelöst worden. Zwar lässt § 25 Abs. 3 Nr. 10 LaSatz die Auflösung von Ortsverbänden durch Beschluss der Ortsmitgliederversammlung grundsätzlich zu, wobei es für diese Beschlussfassung einer Dreiviertelmehrheit bedarf. Die Beschlüsse, die die beiden Antragsteller in ihren Mitgliederversammlungen vom 16. November

2015 gefasst haben, haben jedoch aus zwei Gründen nicht zur Auflösung der Antragsteller geführt. Zum einen besteht gem. § 20 Abs. 3 Nr. 6, § 63 Abs. 2 S. 2 LaSatz ein Zustimmungsvorbehalt des Bezirksausschusses zu derartigen Auflösungsbeschlüssen. Der Bezirksausschuss hat seine Zustimmung nicht erteilt. Zum anderen war gem. § 51 LaSatz schriftliche Abstimmung nicht zulässig. Das durchgeführte Abstimmungsverfahren entsprach daher nicht den satzungsrechtlichen Vorgaben. Die Auflösungsbeschlüsse sind daher unwirksam. Der Antrag war somit als unbegründet zurückzuweisen.“

Mit Beschwerde vom 16. November 2016 (Eingang 17. November 2016) tragen die Beschwerdeführer vor: Der dem Bezirksausschuss durch § 20 Abs. 3 Nr. 6, § 63 Abs. 2 Satz 2 LS eingeräumte Zustimmungsvorbehalt greife unzulässig in das Selbstbestimmungsrecht der Ortsverbände ein und sei rechtswidrig. Die Auflösung eines Ortsverbandes stelle einen besonders grundlegenden Beschluss dar. Ein Zustimmungsvorbehalt des Bezirksausschusses führe diese grundlegende Entscheidung der Mitglieder ad absurdum. Im Übrigen ergebe sich aus dem Umkehrschluss zu § 25 Abs. 3 Nr. 9 LS, der abweichend von Nr. 10 regelt, dass eine Verschmelzung von Ortsverbänden auf der Mitgliederversammlung mit einer 2/3 Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten zu beschließen sei, dass Nr. 10 die Einschränkung „anwesend“ gerade nicht vornehme. Daraus folge, dass der Satzungsgeber für eine so grundsätzliche Entscheidung wie die Auflösung eines Ortsverbandes nicht nur ein breites Quorum (3/4) sondern auch eine breite Beteiligung der Mitglieder vorausgesetzt habe. Die Regelung stimme insofern mit § 41 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) überein, wonach für den Auflösungsbeschluss eines Vereins ebenfalls eine 3/4-Mehrheit in der Mitgliederversammlung notwendig sei. Zwar spreche § 41 Satz 2 BGB nur von erschienenen Mitgliedern, jedoch sei es dem Satzungsgeber zugebilligt, höhere oder niedrigere Quoren festzulegen. Vorliegend sei davon auszugehen, dass der Satzungsgeber bewusst die Teilnahme möglichst aller Stimmberechtigten habe voraussetzen wollen, egal ob anwesend oder nicht.

Die Beschwerdeführer beantragen,

die Entscheidung des Landesschiedsgerichts [...] vom 6. April 2016 aufzuheben und festzustellen, dass die Ortsverbände [...] und [...] aufgelöst sind.

Der Beschwerdegegner beantragt,

die Anträge zurückzuweisen.

Hinsichtlich des Sach- und Streitstandes im Übrigen wird auf den Akteninhalt Bezug genommen.

II.

Die statthafte und im Übrigen zulässige Beschwerde ist unbegründet. Im Ergebnis zutreffend hat das LSchG [...] die Anträge abgelehnt.

1. Eine Zurückverweisung des Verfahrens auf der Grundlage von § 30 Schiedsgerichtsordnung (SchGO) i.V.m. § 538 Abs. 1 Nr. 1 Zivilprozessordnung (ZPO) scheidet aus.

Der Beschluss des LSchG vom 06. April 2016 ist den Antragstellern am 25. Oktober 2016 / 26. Oktober 2016 und 28. Oktober 2016 zugestellt worden. Das liegt weit außerhalb der richterrechtlich geschaffenen Fünf-Monatsfrist. Insoweit gilt mit Bundesgerichtshof (BGH), Urteil vom 12. April 2016 – II ZR 261/15:

„Nach gefestigter Rechtsprechung ist der absolute Revisionsgrund des § 547 Nr. 6 ZPO gegeben und ein bei Verkündung noch nicht vollständig abgefasstes Urteil ‚nicht mit Gründen versehen‘, wenn der notwendige Inhalt des Urteils nicht binnen fünf Monaten nach Verkündung schriftlich niedergelegt, von den Richtern besonders unterschrieben und der Geschäftsstelle übergeben worden ist (Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes, Beschluss vom 27. April 1993 GmSOGB 1/92, NJW 1993, 2603 ff.; BVerfG, NJW 2001, 2162 f.; BGH, Urteil vom 19. Mai 2004 XII ZR 270/02, NJW-RR 2004, 1439; Urteil vom 28. September 2011 IV ZR 110/09, juris Rn. 6; Urteil vom 27. Mai 2015 RiSt (R) 1/14, juris Rn. 7, jew. mwN). Tragender Gesichtspunkt für diesen übergreifenden verfahrensrechtlichen Grundsatz ist unabhängig davon, ob die jeweiligen Verfahrensordnungen (wie hier § 548 ZPO) die Fünfmonatsfrist als absolute Frist für die Rechtsmitteleinlegung vorsehen die Einsicht, dass das richterliche Erinnerungsvermögen abnimmt und nach Ablauf von mehr als fünf Monaten nicht mehr gewährleistet ist, dass der Eindruck von der mündlichen Verhandlung noch zuverlässigen Niederschlag in den so viel später abgefassten Gründen der Entscheidung findet. Es geht mithin um die Vermeidung von Fehlerinnerungen und damit um Gründe der Rechtssicherheit. Schließlich ist es insbesondere der unterlegenen und an der Einlegung eines Rechtsmittels interessierten Partei nicht zuzumuten, nach Verkündung eines Urteils länger als fünf Monate warten zu müssen, um über eine etwaige mündliche Urteilsbegründung hinaus die detaillierten Gründe zu erfahren, die zu ihrem Unterliegen geführt haben. Auf eine Rüge der Parteien haben die Gerichte deswegen bei Überschreitung der Fünfmonatsfrist ein Urteil, das wegen der Fristüberschreitung die Beurkundungsfunktion nicht mehr erfüllt und deswegen als ‚nicht mit Gründen versehen‘ gilt, aufzuheben (Gemeinsamer Senat der Obersten Gerichtshöfe des Bundes, Beschluss vom 27. April 1993 GmSOGB 1/92, NJW 1993, 2603, 2605; BGH, Urteil vom 19. Mai 2004 XII ZR 270/02, NJW-RR 2004, 1439; Urteil vom 28. September 2011 IV ZR 110/09, juris Rn. 6, 7 mwN).“

Die Frist greift auch dann, wenn im Verwaltungsverfahren eine mit mehreren Mitgliedern besetzte Einheit justizförmig entscheidet (hierzu Bundessozialgericht <BSG>, Beschluss vom 09. Dezember 2004 – B 6 KA 70/04 B). Die Rechtsfolge umschreibt BSG, Urteil vom 18. Oktober 1995 – 6 RKa 38/94, wie folgt:

„Wird diese Frist zwischen der Beschlussfassung des Beschwerdeausschusses bzw der Beschwerdekommision und der Aufgabe des schriftlich ausgefertigten Bescheides zur Post zum Zwecke der Zustellung überschritten, ist der Bescheid nicht ordnungsgemäß begründet und damit rechtswidrig. Er kann dann auch nicht unter Berufung auf § 42 Satz 1 SGB X aufrechterhalten werden, weil im Hinblick auf die den Prüfungsgremien bei der Wirtschaftlichkeitsprüfung zustehenden Beurteilungs- und

Ermessensspielräume die Möglichkeit einer abweichenden Sachentscheidung nicht auszuschließen ist.“

Zur rechtlichen Überzeugung des Bundesschiedsgerichts ist die Fünf-Monats-Frist auch in schiedsgerichtlichen Verfahren anzuwenden, denn auch die den Beschlussgründen in diesen Verfahren zukommende Beurkundungsfunktion ist bei einer um mehr als fünf Monate verzögerten Absetzung nicht mehr in jedem Fall gewährleistet (vgl. BSG, Urteil vom 18. Oktober 1995 – 6 RKa 38/94 – zu §§ 516, 552 ZPO). Im Übrigen wird durch die Bezugnahme des § 30 SchGO auf ZPO und Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) hinlänglich ausgedrückt, dass nicht nur die darin normierten Regelungen, sondern auch das hierauf aufbauende Richterrecht greifen.

Ungeachtet dessen, dass umstritten ist, ob und inwieweit eine Zurückverweisung nur dann möglich, wenn einer der Beteiligten die „Verfristung“ rügt (so wohl BSG, Urteil vom 11. Februar 1993 – 7 RAr 76/91; unklar BGH, Urteil vom 12. April 2016 – II ZR 261/15) oder auch von Amts wegen zurückverwiesen werden kann (so wohl Oberlandesgericht München, Urteil vom 23. Februar 2017 – 13 U 4047/16; Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 05. September 2016 – L 20 AY 30/15), scheitert diese Option jedenfalls an §§ 538 Abs. 2 Nr. 1 ZPO. Hiernach ist eine Zurückverweisung nur möglich („darf zurückverweisen“), wenn das Verfahren im ersten Rechtszug an einem wesentlichen Mangel leidet und auf Grund dieses Mangels eine umfangreiche oder aufwändige Beweisaufnahme notwendig ist.

Der Beschluss des LSchG vom 06. April 2016 ist nicht innerhalb von fünf Monaten von den Richtern unterschrieben der Geschäftsstelle übergeben worden. Zwar lässt sich der Akte nicht entnehmen, wann die Übergabe erfolgte. Zumindest aber ergibt sich aus dem Schreiben der Geschäftsstelle vom 27. September 2016, dass der unterschriebene Beschluss bis dahin nicht abgesetzt war. Er gilt daher als nicht mehr Gründen versehen. Das ist ein absoluter Revisionsgrund (s. oben) und damit wertungsmäßig ein wesentlicher Mangel. Indessen scheitert eine Zurückverweisung an das LSchG daran, dass nach Sachlage keine umfangreiche oder aufwändige Beweisaufnahme notwendig ist.

2. Die Auflösung haben die Mitgliederversammlungen der beiden Ortsverbände beschlossen. Deren Zuständigkeit ist gegeben. Allerdings scheinen die Zuweisungen in § 20 Abs. 3 Nr. 6 LS und § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS einen Zuständigkeitskonflikt zu indizieren. Nach § 20 Abs. 3 Nr. 6 LS entscheidet der Bezirksausschuss u.a. über die Auflösung und Verschmelzung von Ortsverbänden. Hierüber entscheidet nach § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS allerdings auch die Ortsmitgliederversammlung. Soweit der Bezirksausschuss vorträgt, ihm sei die Auflösungsentscheidung „vorbehalten“, reklamiert er eine Alleinzuständigkeit und meint, allein deswegen seien die Auflösungsbeschlüsse der Ortsmitgliederversammlung unwirksam. Dem kann so nicht gefolgt werden. Den Zuständigkeitskonflikt zwischen § 20 Abs. 3 Nr. 6 LS und § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS löst jedenfalls vorliegend § 62 Abs. 5 LS. Danach kann der Bezirksausschuss die Auflösung eines Ortsverbandes nur dann beschließen, wenn der aufzulösende Ortsverband weniger als 10 Mitglieder hat.

Daran fehlt es. Beide Ortsverbände haben mehr als 10 Mitglieder. Der Bezirksausschuss ist für den Auflösungsbeschluss wegen der in § 62 Abs. 5 LS bestimmten Restriktionen nicht zuständig. Es bedarf stattdessen eines Beschlusses der Ortsmitgliederversammlung des aufzulösenden Ortsverbandes (§ 25 Abs. 3 Nr. 10 LS). Ein solcher Beschluss liegt jeweils vor.

3. Maßgebend für die Klärung der materiellen Rechtslage ist § 25 LS. Der Text lautet:

§ 25 Ortsmitgliederversammlung

(1) Die Ortsmitgliederversammlung ist das oberste Organ des Ortsverbandes.

(2) Sie beschließt über alle den Ortsverband betreffenden Fragen.

(3) Der Ortsmitgliederversammlung vorbehalten sind Beschlüsse über

- 1. die Wahl des Ortsvorstandes,*
- 2. die Wahl von mindestens zwei Rechnungsprüfern,*
- 3. die Entlastung des Ortsvorstandes,*
- 4. die Entlastung des Ortsschatzmeisters,*
- 5. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bezirksausschuss,*
- 6. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag,*
- 7. die Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zur Europawahlversammlung,*
- 8. die Festlegung einer ortsverbandlichen Beitragsordnung, wobei es einer Mehrheit von Zweidritteln der anwesenden Stimmberechtigten bedarf,*
- 9. die Beschlussfassung über die Verschmelzung mit anderen Ortsverbänden, wobei es einer Mehrheit von Zweidritteln der anwesenden Stimmberechtigten bedarf sowie*
- 10. die Beschlussfassung über die Auflösung des Ortsverbandes, wobei es einer Mehrheit von Dreivierteln unter den Stimmberechtigten bedarf.*

a) Die Quote von 3/4 „unter den Stimmberechtigten“ ist nicht erreicht. Die Anwesenheitsliste der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes [...] benennt 26 Mitglieder. Durch Namenszeichen dokumentiert waren drei Mitglieder am 16. November 2015 anwesend. Die Anwesenheitsliste der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes [...] benennt 28 Mitglieder. Durch Namenszeichen dokumentiert waren 10 Mitglieder am 16. November 2015 anwesend.

Die Quote von 3/4 wird in beiden Fällen nur dann erreicht, wenn die Fernabstimmung eingerechnet wird. Im Ortsverband [...] haben weitere 17 Mitglieder schriftlich zugestimmt, mithin 20 Mitglieder insgesamt. Die 3/4 Quote läge bei 19,5 und wird überschritten (20 / 26). Im Ortsverband [...] haben weitere 12 Mitglieder schriftlich

zugestimmt, mithin 22 Mitglieder insgesamt. Die 3/4 Quote läge bei 21 und wird überschritten (22 / 28).

b) Entscheidend ist damit, ob die Fernabstimmung „wirksam“ ist. Das ist nicht der Fall. Der Regelungsgehalt des § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS lässt ein solche Verfahren nicht zu. Zwar ist der Wortlaut indifferent (nachfolgend aa) und bb)), allerdings führen andere Auslegungsmethoden zum Ergebnis, dass eine Fernabstimmung unwirksam ist (nachfolgend cc)).

aa) Der Bedeutungsinhalt des Satzteiles „wobei es einer Mehrheit von Dreivierteln unter den Stimmberechtigten bedarf“ ist nicht eindeutig. Die Präposition „unter“ ist mehrdeutig. Der Bedeutungsinhalt ist vielfältig (hierzu http://www.duden.de/rechtschreibung/unter_darunter_abwaerts_tiefer). Das Wort kennzeichnet (u.a.) eine Abhängigkeit, Unterordnung o. Ä., eine Zuordnung, eine Zugehörigkeit, ein Vorhanden- bzw. Anwesendsein inmitten von, zwischen anderen Sachen bzw. Personen, inmitten von, bei, zwischen, das Sichhineinbegeben in eine Menge bzw. Gruppe. So gesehen scheint die Wortfolge „unter den Stimmberechtigten“ sich darauf zu beschränken, alle Stimmberechtigten zu meinen und zwar losgelöst davon, wo und wie sie ihre Stimme abgeben. Die Fernabstimmung ließe sich dem zuordnen. Die Präposition „unter“ bezöge sich dann auf die Stimmberechtigten und nicht auf den Ort der Stimmabgabe oder auf deren Anwesenheit in einer Mitgliederversammlung.

bb) Andererseits ist es sprachlich-grammatikalisch naheliegend, die Präposition „unter“ im Zusammenhang mit dem Bezugsobjekt „den Stimmberechtigten“ dahin zu verstehen, dass die Stimmberechtigten in der Mitgliederversammlung gemeint sind. Für ein solches Verständnis sprechen die einleitenden Worte in § 25 Abs. 3 LS („Der Ortsmitgliederversammlung vorbehalten sind Beschlüsse über ...“). Zuständig ist die Ortsmitgliederversammlung. Diese beschließt die Auflösung des Ortsverbandes. Das ist zwar geschehen. Indessen ist das Quorum nicht erreicht. Das fehlende Quantum kann nicht durch die Stimmabgaben aus der Ferne vervollständigt werden. Diese Stimmen sind nicht in der Ortsmitgliederversammlung abgegeben worden und können ihr deswegen nicht zugerechnet werden.

Infolgedessen führt die Wortlautauslegung der Präposition „unter“ zu keinem eindeutigen Befund. Grammatikalisch spricht allerdings die Zuständigkeitszuweisung an die Ortsmitgliederversammlung dafür, dass diese die Auflösung beschließt und dem in der Versammlung 3/4 der (= aller) Stimmberechtigten zustimmen müssen.

cc) Das wird durch einen Abgleich des § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS mit § 25 Abs. 3 Nrn. 1 bis 9 LS bestätigt. Die Beschlüsse nach § 25 Abs. 3 Nrn. 1 bis 7 LS geben keine Quote vor. Dann entscheidet die Mehrheit, wobei offen bleibt, ob nur Anwesende oder Stimmberechtigte (also Mitglieder) gerechnet werden. Die Nrn. 8 und 9 verlangen eine Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten. Das ist deutlich und in die Nr. 10 nicht übernommen worden. Das hat Konsequenzen, nämlich:

(1) Verlangen die Beschlüsse nach § 25 Abs. 3 Nrn. 8 und 9 LS dezidiert eine Quote von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten, ist dem zunächst zu entnehmen, dass der Beschluss nach § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS eine Quote von 3/4 unter den Stimmberechtigten bedarf, womit dann aber nicht die „anwesenden“

Stimmberechtigten gemeint sind. Nicht gelöst ist damit das Problem, ob aus dem in Nr. 10 nicht benutzten Adjektiv „anwesenden“ hergeleitet werden kann, die Quote beziehe sich auf alle Stimmberechtigten. Indessen folgt aus der Wertigkeit der Beschlüsse nach § 25 Abs. 3 Nrn. 8 und 9 LS einerseits und Nr. 10 andererseits, dass Nr. 10 eine Quote von 3/4 der (= aller) Stimmberechtigten bezeichnet, die dann auch anwesend sein müssen.

Der Beschluss nach § 25 Abs. 3 Nr. 8 LS ist wichtig (Beitragsordnung), aber nicht unmittelbar existenziell. Der Beschluss nach § 25 Abs. 3 Nr. 9 LS ist bedeutsamer (Verschmelzung). Er berührt bereits die Existenz des fraglichen Ortsverband, geht aber von einem „Weiterleben“ in der neuen Einheit aus. Hingegen führt der Beschluss nach § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS (Auflösung) unmittelbar zum Exitus. Im Katalog der Nrn. 1 bis 10 betrifft dies die im Sinne des Wortes „grundlegendste“ der Ortsmitgliederversammlung zugewiesene Entscheidung. Folgerichtig hat der Satzungsgeber die Quote von 1/2 (Nrn. 1 bis 7) über 2/3 (Nrn. 8 und 9) auf hier 3/4 erhöht. In den Nrn. 8 und 9 hat er die erhöhte Quote (2/3) zudem daran gebunden, dass sie sich auf die anwesenden Stimmberechtigten bezieht. Dieser Bezug fehlt in Nr. 10. Allerdings ist es unstimmg, wenn der Satzungsgeber angesichts der existenziellen Bedeutung eines Beschlusses nach Nr. 10 die Quote auf 3/4 erhöht, diese indessen nur an die „anwesenden Stimmberechtigten“ gebunden hätte. Mithin spricht dies dafür, eine Quote von 3/4 aller Stimmberechtigten zu verlangen. Das haben die Ortsverbände auch so gesehen und deswegen die Fernabstimmung initiiert.

(2) Gleichwohl verbleibt es dabei, dass der Ortsmitgliederversammlung die Beschlussfassung über die Auflösung vorbehalten ist. Die Mehrheit in der Ortsmitgliederversammlung muss 3/4 aller Stimmberechtigten betragen. Nur die anwesenden Stimmberechtigten können in der Ortsmitgliederversammlung über die Auflösung abstimmen. Eine Fernabstimmung ist keine Beschlussfassung in der Ortsmitgliederversammlung.

Die „Stimmzettel“ bestätigen dies. Sie scheinen in beiden Ortsverband inhaltsgleich benutzt worden zu sein. Im oberen Teil sind u.a. Antrag und Antragsteller aufgeführt. Zur Begründung heißt es: „erfolgt mündlich“. Den unteren Teil kreuzt das betreffende Mitglied an: „Ich stimme dem obigen Antrag zu“ oder „Ich lehne den obigen Antrag ab“. Dieses Procedere ist keine Beschlussfassung (in) der Ortsmitgliederversammlung. Die betreffenden Mitglieder sind nicht anwesend. In den Fällen nach § 25 Abs. 3 Nr. 1-7 LS wäre das unschädlich. Hier reicht es aus, wenn die Ortsmitgliederversammlung mit Mehrheit beschließt. In den Fällen nach § 25 Abs. 3 Nr. 8 und 9 LS wäre das Vorgehen hingegen schädlich, denn das Quorum von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten wird nicht erreicht. Jeweils kommt es auf die Mehrheit in der Ortsmitgliederversammlung. Das macht Sinn, denn diese beschließt. Das lässt sich auf § 25 Abs. 3 Nr. 10 LS übertragen. Auch hier beschließt die Ortsmitgliederversammlung. Infolgedessen müssen 3/4 der Stimmberechtigten in der Mitgliederversammlung für die Auflösung stimmen.

Erforderlich ist daher: Eine Mehrheit von 3/4 in der Ortsmitgliederversammlung. Bezugspunkt der Mehrheit sind alle Stimmberechtigten und nicht nur die anwesenden Mitglieder.

(3) Ein Abgleich mit anderen Satzungen bestätigt das Ergebnis:

Die Satzung des Richtervereins der Sozialgerichtsbarkeit NRW (RiV) (http://www.rivsgbnrw.de/index.php?cat=12_-Uuml~ber-nbsp~uns&page=02_Informationen) bestimmt in § 11:

1. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. 2. Beschlüsse der Mitgliederversammlung, durch welche die Satzung geändert, der Verein aufgelöst oder der Ausschluss eines Mitgliedes bestätigt wird, sind nur gültig, wenn zwei Drittel der Mitglieder anwesend oder gemäß § 9 vertreten sind und drei Viertel von ihnen zustimmen. 3. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind für alle übrigen Vereinsorgane verbindlich.

Man kann es auch anders regeln, nämlich wie der Landesverband NRW des Deutschen Richterbundes (DRB) (<https://www.drb-nrw.de/satzung>) in § 13:

Satzungsänderungen, Auflösung des Verbandes und ein Austritt aus dem Deutschen Richterbund bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen.

Die Satzung des DRB NRW regelt mithin, dass eine Mehrheit von 2/3 der abgegebenen Stimmen in der Landesvertreterversammlung nötig sind, hingegen verlangt die Satzung des RiV, dass 2/3 der Mitglieder anwesend sind und von diesen 3/4 der Auflösung zustimmen.

Der Sachgrund für die unterschiedliche Handhabung folgt schlicht aus der Masse. Der DRB-Landesverband NRW hat knapp 4000 Mitglieder, der RiV NRW ca. 180 Mitglieder. Die Ortsverbände [...] und [...] haben eine dem gegenüber geringe Mitgliederzahl. Auch dies spricht dafür, eine zweifache Bedingung einzuziehen, nämlich Anwesenheitsquote und Beschlussfassungsquote.

c) Der Hinweis der Beschwerdeführer auf § 41 BGB führt nicht weiter. Die Norm regelt:

Der Verein kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung aufgelöst werden. Zu dem Beschluss ist eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen erforderlich, wenn nicht die Satzung ein anderes bestimmt.

Schon der Wortlaut belegt, dass die Norm disponibel ist. Satzungsmäßig sind eine Vielzahl von Varianten denkbar und zulässig (hierzu Ellenberger, in: Palandt, BGB, 74. Auflage, 2015, § 41 Rdn. 5 m.w.N.). Die Landessatzung bestimmt „ein anderes“, wenngleich unklar und erst mittels Auslegung zu ermitteln (s. oben). Den Beschwerdeführern ist beizutreten, wenn sie meinen, dass die Landessatzung bewusst „die Teilnahme möglichst aller Stimmberechtigten voraussetzen wollte“. Das gilt allerdings nicht, soweit die Antragsteller dem den Nachsatz hinzufügen „egal ob anwesend oder nicht“. Verlangt wird eine Quote von 3/4 aller Mitglieder, die dann auch in dieser Menge anwesend sein müssen.

d) Nimmt man an, dass die Auflösungsbeschlüsse unwirksam sind, war die Zustimmungsverweigerung des Bezirksausschusses (§ 63 Abs. 2 Satz 2 LS) rechtmäßig. Soweit die Antragsteller meinen, dieser „Genehmigungsvorbehalt“ sei rechtswidrig, weil er gegen den Grundsatz der negativen Koalitionsfreiheit verstoße, führt das nicht weiter. Streitgegenstand des Verfahrens ist nicht die verweigerte

Zustimmung, sondern die Frage, ob die Auflösungsbeschlüsse infolge Fernabstimmung rechtmäßig sind.

III.

Dies Kostenentscheidung folgt aus § 28 SchGO.

Dyckmans

Dr. Frehse

Nüsch

Moritz

Reichelt